



Der Mietendeckel, der in Berlin als ein Instrument zum Einfrieren der Mieten eingeführt werden soll, wird auch deutschlandweit diskutiert. Was vielen Mietern als Lösung für das Problem der steigenden Mieten erscheinen mag, birgt aus Sicht der Wohnungsbaugenossenschaften Berlin langfristig jedoch Risiken und schadet denjenigen Akteuren am Wohnungsmarkt, die moderate, sozialverträglich kalkulierte Mieten bieten. Um auf mögliche Folgen eines solchen Mietendeckels aufmerksam zu machen, haben die Wohnungsbaugenossenschaften Berlin daher eine umfassende Aufklärungsaktion (Anzeigenschaltung, Presseinformationen, Anschreiben an Politiker etc.) in Abstimmung mit dem BBU gestartet.

Besonders viel Aufmerksamkeit könnte diese Aktion bekommen, wenn möglichst zahlreiche Wohnungsbaugenossenschaften unserer Initiative darüber informieren: in ihren Mitgliedszeitungen und auf den jeweiligen Internetseiten.

Gerne können hierfür die angehängten Motive oder die Texte von unserer Website www.wbgd.de/berlin/mietendeckel verwendet werden. So können sich die Mitglieder ihrer angeschlossenen Genossenschaften umfassend informieren und sich eine eigene Meinung bilden.

Wenn die Genossenschaften deutschlandweit zeigen „Wir unterstützen die Wohnungsbaugenossenschaften Berlin“ wird einmal mehr deutlich, was den Genossenschaftsgedanken ausmacht: gemeinsam und solidarisch für die Durchsetzung unserer Ideale einzutreten.

Wir würden uns freuen, wenn Sie diese E-Mail an ihre Mitgliedsunternehmen weiterleiten.



Kein Bauen mehr

Instandhalten, Modernisieren und Bauen kostet Geld. Wenn wir unsere notwendigen Einnahmen nicht mehr bestimmen können, kann das bedeuten:

- Kein Neubau mehr. Die hohen Grundstückspreise und die gestiegenen Baukosten erschweren dies sowieso schon.
- Modernisierungen werden aufgeschoben, z. B. weniger Heizungserneuerung heißt auch weniger Heizkostenersparnis für die Bewohner.
- Keine Balkonanbauten mehr, die unsere Mitglieder sehr schätzen und deren Kosten wir bisher nicht 1 zu 1 umgelegt haben.
- Kosten für Rauchwarnmelder: Die meisten Genossenschaften legen die Kosten für die Anschaffungs- und Installationskosten der Geräte nicht um. Das werden sie künftig wohl müssen.



Keine Barrierefreiheit mehr

Umbauten und Maßnahmen für barrierearmes und barrierefreies Wohnen kosten Geld. Wenn wir unsere notwendigen Einnahmen nicht mehr bestimmen können, kann das bedeuten:

- Kein Umbau zu seniorengerechten Bädern mehr.
- Kein Schwellenabbau mehr.
- Keine Aufzugsanbauten an älteren Häusern mehr.
- Keine automatischen Türöffner mehr. Bisher haben Genossenschaften solche gewünschten Erleichterungen nicht umgelegt. Künftig werden sie das umlegen müssen.



Kein soziales Engagement mehr

Sozialarbeiter und Gemeinschaftsräume kosten Geld. Wenn wir unsere notwendigen Einnahmen nicht mehr bestimmen können, kann das bedeuten:

- Keine sozialen Räume und Treffpunkte in unseren Genossenschaften mehr.
- Keine Sozialarbeit mehr für Bewohner, die in finanzielle Schieflage geraten.
- Keine Freizeitangebote, bei denen sich unsere Mitglieder begegnen und die das genossenschaftliche Miteinander stärken.
- Keine Umwelt-, Kinder- und Seniorenprojekte mehr.
- Kein Concierge-Service mehr.